

A u f z e i c h n u n g

Gespräche Staatssekretär Weitnauers mit dem britischen
Unterstaatssekretär Sir Michael Palliser in Bern (1.10.1979)

Staatssekretär Weitnauer empfing seinen britischen Kollegen
am 1. Oktober 1979 zu einem dreistündigen Gespräch.

a) Europäische Fragen

Staatssekretär Weitnauer hob die Bedeutung hervor, welche die Schweiz dem Europarat beimisst. Diese Institution, die übrigens Churchills Idee entstamme, sollte im Verhältnis zur EG vermehrt ergänzende Funktionen wahrnehmen. In diesem Sinne sei es wünschenswert, dass die EG dort, wo sie über "treaty-making-power" verfüge, als eine Einheit im Europarat auftrete. So könnte sie Materien, über die sie innerhalb ihres Territoriums bereits legiferiert habe, durch Vertragsabschluss in diesem Gremium eine gesamtwesteuropäische Wirkung verschaffen. Ausserdem sollte der Europarat im Sinne einer Aufwertung häufiger mit ministeriellen Delegationen beschickt werden.

Sir Michael Palliser unterstrich gleichfalls die Bedeutung des Europarates und nahm zu den verschiedenen Anregungen Stellung. Einmal werde er den schweizerischen Wunsch nach vermehrter ministerieller Beschickung nach London mitnehmen; allerdings seien die Ministeragenden stark ausgelastet. Sodann, was das Auftreten der EG als Einheit im Europarat betreffe, sei der politische Charakter dieses Organs zu bedenken. In aussenpolitischen Belangen könnte die Gemeinschaft höchstens in solchem Ausmass als Einheit auftreten, wie sie es etwa in der UNO praktiziere. Schliesslich, bezüglich der Vertragsabschlüsse, verdeutlichte Minister Blankart auf eine entsprechende Frage die schweizerischen Vorstellungen dahingehend, dass Verträge, wann immer sie in die Kompetenz von Europarat und Gemeinschaft fallen (z.B. Produkthaftpflicht), innerhalb des Europarates, und zwar mit der EG als einem einzigen Partner, abgeschlossen werden sollten. Sir Michael erklärte, diese Idee sei neu für ihn, doch sehr interessant und bedenkenswert.

Staatssekretär Weitnauer frug sodann, welche Probleme sich innerhalb der Gemeinschaft in bezug auf die politische Zusammenarbeit stellten. Wiewohl politische und ökonomische Aspekte eines Problems ineinander überflössen, so sei, wie Sir Michael sich äusserte, aufgrund geschichtlicher Bestimmungen (z.B. Kolonialreiche) und nationalstaatlicher Eigentümlichkeiten (z.B. Frankreich - Naher Osten) die Palette aussenpolitischer Orientierungen innerhalb der EG noch reich gefächert. So hätten beispielsweise auf der jüngsten Commonwealth-Konferenz in Lusaka die anwesenden Staaten versucht, das Vereinigte Königreich als ihren Fürsprecher innerhalb der Gemeinschaft einzuspannen. Von Staatssekretär Weitnauer auf die gute Zusammenarbeit in Gebieten wie der Konvention von Lomé oder dem Stabex angesprochen, meinte Sir Michael, tatsächlich finde in Analogie zur Wirtschaft auch auf politischem Sektor ein Koordinationsprozess statt, doch müsse er erst mühsam vorangetrieben werden.

Minister Blankart entfaltete in einem Exposé die Beziehungen der Schweiz zur EWG. Hierbei äusserte er sich insbesondere über die Freihandelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten sowie Spanien und Griechenland. Bezüglich der Uebergangsphase Griechenlands meinte Blankart, die von der Kommission vorgesehene Behandlung einiger EFTA-Produkte verstosse gegen die Prinzipien des Freihandels. Sollte die Kommission auf der die EFTA-Staaten diskriminierenden Behandlung bestehen, dann könnte die Schweiz allenfalls nicht mehr in der Lage sein, griechischen Produkten freien Zugang zum Schweizer Markt zu gewähren.

b) KSZE und Abrüstung

Die Madrider Konferenz müsse, so Staatssekretär Weitnauer, besser vorbereitet werden als das Belgrader Treffen. Da Spanien als Gastgeber bisher noch keine Vorschläge unterbreitet habe, müssten andere Staaten in die Bresche springen. Vielleicht könnte Grossbritannien oder die Gemeinschaft diese Lücke ausfüllen. Die Schweiz, und mit ihr die andern drei Neutralen, hielten dafür, dass in Madrid eine ausgeglichene, alle drei Körbe berücksichtigende Diskussion vorherrschen sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die französischen und die Warschaupakt-Vorschläge auf einer Vorbereitungskonferenz aussortiert werden. Die Zeit allerdings verstreiche rasch, und sollte bis zum nächsten Frühjahr kein

klares Konzept erstellt sein, so drohe die Madrider Konferenz - wenn nicht gar die KSZE insgesamt - an einer ungenügenden Koordination aufzulaufen.

Sir Michael stimmte dieser Beurteilung zu und bekräftigte, auch Grossbritannien gedenke vor dem Konferenzbeginn einige Schritte zu unternehmen. Da mit der Helsinki-Konferenz ein Wechsel der sowjetischen Menschenrechtspolitik in der britischen Öffentlichkeit erwartet worden sei, nehme sich die Enttäuschung über die KSZE gegenwärtig in Grossbritannien beträchtlich aus. Dennoch liege die KSZE offensichtlich im britischen Interesse.

Staatssekretär Weitnauer bemerkte, die Frage sei noch offen, ob sich 1980 als das Jahr der Aufrüstung oder der Abrüstung enthülle. Die UdSSR möchte vorrangig, so könne man feststellen, das aktuelle Kräfteverhältnis aufrechterhalten. Falls SALT II nicht ratifiziert werde, so könnte dies möglicherweise der UdSSR gar nicht so ungelegen kommen. Botschafter Bindschedler erläuterte die Warschaupakt-Vorschläge, von denen einzig das CBM-Bündel interessante Elemente enthielte. In diesem Sektor sollten in Madrid Fortschritte angestrebt werden. Der französische Vorschlag verlagere in begrüßenswerter Weise die Abbaudiskussionen von den Mannschaften auf die Waffen. In den MBFR-Verhandlungen hätte sich nämlich gezeigt, dass alle Vorstösse bereits an den Definitionsproblemen des Begriffs "Soldat" gescheitert seien.

Sir Michael glaubte, Frankreich verfolge mit seinen Abrüstungsvorschlägen auch ein politisches Ziel, nämlich : die aktive Beteiligung an den Abrüstungsgesprächen. Die Aussichten auf eine Ratifizierung von SALT II verdüsterten sich zusehends. Dies sei vornehmlich dem verstärkten Bewusstsein eines strategischen Ungleichgewichts (nukleare und konventionelle Waffen, Mannschaften) zwischen NATO und Warschaupakt zuzuschreiben - und nicht etwa der sowjetischen Präsenz auf Kuba. Von fundamentaler Bedeutung sei daher die Errichtung einer Basis, von welcher aus die Abrüstungsdiskussion mit gestärktem Selbstvertrauen vorangetrieben werden könne. Sir Michael drückte sich zuversichtlich aus in bezug auf jene Anstrengungen innerhalb der NATO, die eine qualitative Verbesserung der Bewaffnung bezwecken.

Botschafter Brunner frug, ob die Nato und/oder Grossbritannien allfällige eigene neue Abrüstungsvorschläge in den MBFR-Verhandlungen oder in Madrid vorbringen werden. Die Schweiz sei daran interessiert, dass CBM-Probleme auch an der KSZE-Konferenz behandelt würden. Sir Michael entgegnete, Grossbritannien betrachte gegenwärtig eher die MBFR-Verhandlungen als hierfür geeigneten Ort, obgleich eine ausgewogene Behandlung der drei Körbe in Madrid anstrebenswert sei.

c) Südostasiatische Tragödie

Frau Botschafterin Pometta berichtete über die dramatische Situation in Südostasien, wo das Verteilungsproblem für Hilfsgüter immer noch nicht voll gelöst sei. Es stelle sich die Frage, wie man einen Druck auf Vietnam ausüben könne. Sir Michael erachtete Interventionen in Moskau und Hanoi als die geeignetsten Druckmittel, obschon die Reaktion dieser Staaten wohl eher brüsk ausfallen werde.

Frau Botschafterin Pometta sprach sodann den britischen Unterstaatssekretär auf den Ratifizierungsstand der Flüchtlingskonvention an. Gerade die ASEAN-Staaten hätten diese Konvention noch nicht ratifiziert, was bedauerlich sei. Sir Michael versicherte, Grossbritannien werde seinen Einfluss auf diese Staatengruppe in dieser Frage geltend machen. Im übrigen drückte er seine Hochachtung für die Arbeit des IKRK aus, welches er als eine der wenigen effizient arbeitenden internationalen Organisationen bezeichnete.

d) Konferenz der Blockfreien Staaten

Botschafter Iselin berichtete über die schweizerischen Beobachtungen an der Konferenz der Blockfreien in Havanna. Obschon Kuba die Vorteile seiner Gastgeberrolle massiv ausgenützt hätte und das Büro einseitig zusammengesetzt gewesen sei, könne man insgesamt festhalten, dass die Radikalen ihren Willen nicht überall durchsetzen konnten. Insbesondere bei der Festlegung der Prinzipien hätten sich die Gemässigten unter jugoslawischer und indischer Anführung durchgesetzt. Sodann erläuterte Botschafter Iselin die Behandlung der Traktanden "Kampuchea" und "Aegypten". Schliesslich erwähnte er, wie die Delegationen mit Gaststatus die ihnen bis dahin eingeräumten Rechte gegen kubanische Schmälerungsabsichten verteidigen konnten.

Sir Michael begrüßte die Präsenz europäischer Staaten an den Konferenzen der Blockfreien. Er zeigte sich überzeugt, dass diese Bewegung auch in Zukunft namentlich auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine grosse Rolle spielen werde. Um sich in wirtschaftlichen Fragen das gewünschte Gehör zu verschaffen, würden diese oft mit politischen Zutaten angereichert. Anschliessend erwähnte Sir Michael, Grossbritannien hätte an der Commonwealth-Konferenz in Lusaka versucht, seinen Einfluss auf die anwesenden blockfreien Staaten geltend zu machen. Vornehmlich Indien sei zu einem grösseren Engagement innerhalb der Blockfreien ermuntert worden. Was die Konferenz in Havanna betreffe, so vermerkte Sir Michael, Kuba hätte sich wohl etwas übereifrig verhalten. Gewisse Gegenreaktionen - in diesem Sinn könnte auch das Verhalten einer Vielzahl von Blockfreien in der UNO anlässlich der "Credentials"-Frage für die kambodschanische Delegation gedeutet werden - seien daher nicht ausgeschlossen.

e) Südliches Afrika

Staatssekretär Weitnauer informierte den britischen Unterstaatssekretär kurz über den Besuch 'Pik' Bothas in der Schweiz, worauf Sir Michael die britische Politik im südlichen Afrika umriss.

In der britischen Öffentlichkeit habe teilweise der Glaube vorgeherrscht, die neue konservative Regierung würde die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung in Rhodesien als solche anerkennen. Diese Ansicht sei aber auf mangelnde Kenntnisse des konservativen Parteiprogramms zurückzuführen. Grossbritannien sei vielmehr bereit, in voller Wahrnehmung seiner Verantwortung eine befriedigende Lösung herbeiführen zu helfen. So sei die Lusaka-Konferenz von der Premierministerin und dem Aussenminister sehr sorgfältig vorbereitet worden. In Diskussionen in kleinen Gruppen sei dann in erstaunlich kurzer Zeit ein Durchbruch erzielt worden. Grossbritannien hätte sich bereit erklärt, neue Wahlen unter Teilnahme der Commonwealth-Staaten zu überwachen (supervise). Sehr behilflich hätten sich die sogenannten Frontstaaten gezeigt, die, allen voran Sambia, dringend einer Lösung bedürften. Ausserdem zeichne sich bei allen am Konflikt Beteiligten eine Kriegsmüdigkeit ab.

In London nun strebten gewiss alle Parteien eine Lösung an, doch seien die Interessen sehr verschieden gelagert. Ob eine Lösung tatsächlich

./.

erzielt werden könne, sei noch offen. Zwar habe man den erfolgversprechendsten Weg gewählt, man habe nämlich mit der Ausarbeitung der Verfassung begonnen und sich nicht auf Prozedurfragen festlegen lassen. Doch sei noch offen, ob jetzt, nachdem die Rhodesien-Delegation dem Verfassungsentwurf zugestimmt hätte, die Patriotische Front diesem Beispiel nachziehen werde. Persönlich wagte Sir Michael vorauszusagen, dass die Front, die ja unter grossem Druck stehe, dem Verfassungsentwurf zustimmen werde unter dem Vorbehalt, dass sie massgeblich mitbestimmen könne, wie die Uebergangsphase bis zur Inkraftsetzung ausgestaltet werden solle. In diesem Augenblick setze die schwierigste Verhandlungsphase ein. Bis jetzt sei etwa ein Drittel des Weges zurückgelegt.

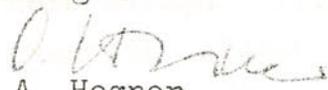
Ob Grossbritannien die Wahlen auch überwachen würde, falls diese von der Patriotischen Front nicht anerkannt würden, konnte Sir Michael nicht sagen. Sicher sei hingegen bereits, dass sich keine Truppen an der Ueberwachungsaktion beteiligten.

Zu Namibia äusserte Sir Michael, dass die SWAPO ebenfalls unter grossem Druck stehe. Sir James Murray, der im August eine "Fact-finding-mission" im südlichen Afrika unternommen hätte, sei mit dem Eindruck zurückgekehrt, Südafrika halte sich noch beide Lösungen offen, nämlich eine interne Lösung oder ein Einschwenken auf den Fünfer-Vorschlag. In enger Zusammenarbeit mit der UNO präzisierten die fünf Westmächte nun, um dem Wunsch der südafrikanischen Regierung nachzukommen, ihren Vorschlag. Hernach würden sie vehement dafür eintreten, dass Südafrika ihren Vorschlag akzeptiere.

Zum Schluss verdankte Staatssekretär Weitnauer den Besuch seines britischen Kollegen, was von diesem mit einer Einladung nach London beantwortet wurde.

POLITISCHE DIREKTION

Abteilung I


A. Hegner



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.15.21.GB.(7) - WI/re

Bern, den 12. Oktober 1979

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Büro des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und der GATT, Genf

Kopie an:

Herrn Bundesrat P. AUBERT	Herrn Dr. L. MEIER
Herrn Staatssekretär A. WEITNAUER	Herrn A. GLESTI
Herrn Generalsekretär J. MARTIN	Herrn J. BOILLAT
Herrn Botschafter R. BINDSCHEDLER	Herrn Y. MORET
Herrn Botschafter E. DIEZ	Herrn H. RENK
Herrn Botschafter M. HEIMO	Herrn R. HEINIS
Herrn Botschafter A. HEGNER	Herrn H. VON ARX
Herrn Botschafter E. BRUNNER	Herrn A. SALUZ
Frau Botschafterin F. POMETTA	Herrn M. KRAFFT
Herrn Botschafter J. CUENDET	Herrn B. DE RIEDMATTEN
Herrn Botschafter H. KAUFMANN	Herrn B. FREYMOND
Herrn Botschafter C. SOMMARUGA, EVD	Frl. C. KRIEG
Herrn Minister J. MONNIER	Herrn A. BILL
Herrn Minister J. ZWAHLEN	Frl. M. VON GRUENIGEN
Herrn Minister M. JACCARD	TR/VP/CX/STE/Cp/VL
Herrn Minister F. BLANKART	BD/DD/DIS/NF/CC

Herrn Oberst W. MARK, GGST, Op, EMD.

w 22. Okt. 1979